

Bremerhaven, 23.11.2025

<b>Antrag - Nr. StVV - AT 25/2025 (§ 36 GOSTVV)</b>		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

**Mindestens 10 % der neu gepflanzten Bäume als Obst- und Nussbäume festlegen  
(DIE MÖWEN)**

**Der Antrag lautet:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Gartenbauamt wird gebeten, sicherzustellen, dass künftig mindestens 10 % aller neu gesetzten Bäume auf öffentlichen Flächen als Obst- und Nussbäume gepflanzt werden, sofern der jeweilige Standort ökologisch und verkehrssicher geeignet ist. In der Auswahl der Sorten werden standortgerechte, robuste, klimaresiliente und pflegeleichte Baumarten bevorzugt. Das Gartenbauamt wird gebeten, dies bei der jährlichen Pflanzplanung verbindlich zu berücksichtigen und in den entsprechenden Berichten kenntlich zu machen.

**Begründung**

Obst- und Nussbäume leisten einen wichtigen Beitrag zur ökologischen, sozialen und klimatischen Qualität des urbanen Raums. Sie tragen wie andere Laubbäume zur Senkung der Sommertemperaturen, zur CO<sub>2</sub>-Bindung und zur Verbesserung der Luftqualität bei. Darüber hinaus bieten die Blüten eine wichtige Nahrungsquelle für Bestäuber wie Bienen, Hummeln und Wildinsekten – ein Beitrag, der für die städtische Artenvielfalt besonders wertvoll ist.

Viele Städte verfolgen inzwischen das Konzept der „essbaren Stadt“. Öffentliche Obst- und Nussbäume bieten niedrigschwelligen Zugang zu gesunden Lebensmitteln und stärken das Bewusstsein für regionale Ernährung. In sozial belasteten Stadtteilen können sie zudem ein Beitrag zur Ernährungssicherheit sein. Zudem fördert die Nutzung von Obstbäumen die Umweltbildung in Schulen, Kindergärten und Vereinen. Ernteaktionen und gemeinsames Verwerten der Früchte, wie es bereits in einigen Initiativen in kleinem Rahmen stattfindet, fördert den sozialen Zusammenhalt.

Für viele öffentliche Standorte eignen sich robuste, pflegeleichte und krankheitsresistente Sorten. Die Kosten für Obst- und Nussbäume unterscheiden sich kaum von herkömmlichen Laubbäumen; der zusätzliche Pflegeaufwand ist überschaubar und kann ggf. durch Patenschaften oder Bürgerprojekte, Ansprache von Vereinen und Initiativen abgedeckt werden, die die Früchte nutzen würden.

Mit einer Obst- und Nussbaumquote setzt die Stadt ein sichtbares Zeichen für Klimaanpassung im Alltag, lokale Versorgung ohne lange Transportwege und zeigt, wie Städte grüner, gesünder und lebenswerter gestaltet werden können.

Marnie Knorr  
mit Fraktion „die Möwen“